

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Afrika vor wichtigen Entscheidungen

Für jeden ernstzunehmenden farbigen Politiker ist die totale Ausschaltung des europäischen Kolonialismus auf afrikanischem Boden keine prinzipielle Frage mehr, sondern lediglich eine Zeitfrage. Afrikas führende Männer glauben, daß jedes „weiße Mutterland“ über kurz oder lang — sei es unter militantem Druck, sei es auf Grund neu erworbener Einsicht — seine Verantwortlichkeit an jene Schicht schwarzer und brauner Intellektueller, Parteipolitiker und Verwaltungsbeamter abtreten muß, zu deren Heranbildung es selbst beigetragen hat. Wie vollkommen einig sie sich über diese Ansicht sind, bewiesen alle Entschlüsse und Forderungen der Konferenz unabhängiger afrikanischer Staaten, die kürzlich in Accra, der Metropole des gerade 13 Monate alten Negerstaates Ghana, stattfand.

Bedeutend weniger Einigkeit besteht unter afrikanischen Politikern dagegen über die Frage, welche wirtschaftliche und humanitäre Orientierung ein Land des „Schwarzen Erdteiles“ bevorzugen sollte, wenn es unabhängig geworden ist. Umstritten sind vor allem, das hat die Accra-Konferenz gleichfalls gezeigt, zwei Möglichkeiten: Soll der souveräne afrikanische Staat sich europafreundlich orientieren, indem er seine zukünftige Wirtschaftsentwicklung weitgehend mit den Möglichkeiten und Bedürfnissen Europas verknüpft und zudem seine eigene gesellschaftliche Form nach europäischen Vorbildern zu prägen sucht? Oder soll er einen kontinentalen Isolationismus anstreben, dergestalt, daß er zur wirtschaftlichen Blockbildung innerhalb Afrikas beiträgt und auch gesellschaftspolitisch nicht-europäische Lösungen bevorzugt?

Afrikas maßgebende Negerpolitiker, selbst Persönlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegungen kolonialer Gebiete, neigen offenkundig einer europafreundlichen Orientierung zu. Die politisch aktivsten Kräfte des arabischen Afrika wünschen hingegen keine engen Bindungen zwischen ihrem Erdteil und Europa. Es gibt Sonderfälle, wie den Europahasser *Dedan Kimathi*, Mau-Mau-Organisator von Kenia, oder wie den trotz aller bitteren Erfahrungen europafreundlichen Araber *Habib Bourgiba*, Staatspräsident von Tunesien. Im Regelfall aber bringt die Führungsschicht der afrikanischen Negervölker Europas Leistungsfähigkeit auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet fast unbegrenztes Vertrauen entgegen; sie sehnt sich nach einem europäischen Sozialstandard; schließlich besitzt sie moderne Kenntnisse, denen überwiegend das

europäische Geisteswesen zugrunde liegt. Führende arabische Nationalisten dagegen glauben, ihre Völker könnten ohne jahrhundertelange koloniale Unterdrückung schon längst mit Europas technischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit konkurrieren; geistige „Europäisierung“ würde sie in Konflikte mit Überlieferungen einer früher blühenden, aber heute erstarrten eigenen Kultur stürzen.

Endgültige Entscheidungen über Afrikas zukünftige wirtschaftliche und humanitäre Orientierung sind noch nicht gefallen. Am Accra-Treffen waren acht von insgesamt neun unabhängigen afrikanischen Staaten beteiligt (die „weiße Regierung“ der Südafrikanischen Union hatte es abgelehnt, mit farbigen Politikern das Thema Rassendiskriminierung zu erörtern), deren Hoheitsrechte sich über rund acht Millionen Quadratkilometer Land und rund 64 Millionen Menschen erstrecken. Unter welchen Umständen Afrikas „restliche“ 20 Millionen Quadratkilometer und 120 Millionen Bewohner zur Unabhängigkeit gelangen, wird ausschlaggebenden Einfluß auf diese endgültigen Entscheidungen haben. *Dr. Kwame Nkrumah* zum Beispiel, dem England gerade noch rechtzeitig den Weg zur Übernahme der politischen Verantwortlichkeit in Ghana freigegeben hat, wünscht einen starken Druck auf die Kolonialmächte auszuüben; er schlägt jedoch zugleich allen Unabhängigkeitsbewegungen ständige Verhandlungsbereitschaft vor, um unnötige „Explosionen“ zu vermeiden. Arabisch-afrikanische Kreise dagegen bauen auf solche Zusammenstöße.

Die Methodik des Kampfes der arabischen Radikalnationalisten gegen eine Europa-Orientierung Afrikas ergibt sich aus den Umständen: *Kairo* nimmt seit langem fast alle Negerpolitiker auf, denen kurzfristige Kolonialbehörden das Wirken im eigenen Land verwehren. So sind viele afrikanische Völkerschaften mit ganzen Emigrantengruppen am Nil vertreten; Kameruner, Somalis, Togoländer, Kongoländer — nahezu jedes Volk, das noch unter starren Formen von Kolonialismus lebt. Beraten durch diese Emigranten, entfalten die arabischen Nationalisten ihre großangelegte Afrikapropaganda. Radio Kairo hat seine „Stimme des freien Afrika“ erweitert und sendet jetzt in der Suahelisprache nach Kenia und Tanganjika, in Amharisch nach Uganda und Teilen Belgisch-Kongos, in Somali nach Somaliland und in Arabisch nach Französisch-Westafrika. Die gleichen Gebiete werden von Kairo aus mit Druckschriften und Agitatoren bedacht. Eigentliches Ziel der Kampagne ist offenbar, den afrikanischen Unabhängigkeitsdrang allgemein schneller als die Einsicht der „Mutterländer“ zur Entfaltung zu bringen, so daß es gar nicht erst zum friedlichen Übergang vom Kolonialismus zur Selbständigkeit kommen kann, sondern ein tiefgehender Bruch entsteht.

Südafrika nach den Wahlen

Und was weiter? Das ist die bange Frage, die Tausende von Südafrikanern zwar nicht laut diskutieren, nachdem die Nationale Partei mit einer überwältigenden Mehrheit am 16. April aus dem oft sehr heftigen Wahlkampf hervorgegangen ist; denn dem Engländer hierzulande liegen solche Diskussionen nicht, wenigstens nicht im überwiegend „englischen“ Natal. Aber es ist die Frage, die jeden Gegner der gegenwärtigen Regierung lebhaft bewegt, so lebhaft, daß dieser oder jener zweifelt, ob es nicht besser sei, das Land zu verlassen.

Einen Monat vor dem Wahltag dachte wohl noch die Mehrheit, daß die Nationalisten möglicherweise unterliegen könnten. Verschiedene Erwägungen sollten dafür sprechen, vor allem solche ökonomischer Art: sind doch die Preise der Nahrungsmittel stark in die Höhe gegangen, auch die von Kohle, Textilien usw. Nach statistischen Feststellungen braucht man heute nahezu die Hälfte mehr für seine Einkäufe als 1948. 800 Pfund Einkommen 1948 entsprechen einem heutigen Einkommen von 1200 Pfund. Aber wer verdient soviel? Während eine Familie von vier Personen 1948 ein Pfund und 13 Schilling an Einkommensteuer für diesen Betrag bezahlte, hat der Familienvater heute, wenn er 1200 Pfund verdienen sollte, 27 Pfund und zehn Schilling zu bezahlen. Sollte das nicht die Augen der Wähler öffnen?

Ein paar Tage vor den Wahlen schrieb der Leitartikler eines führenden Blattes der Opposition zwar schon sehr vorsichtig, daß man damit rechnen müsse, daß die Nationale Partei im Minimum 100, im Maximum 105 Sitze bekommen werde an Stelle der 94, die sie in den 1953er Wahlen bekam.

Vier Stunden nach den Wahlen sagte das „electronic brain“ eines Johannesburgers Professors (*Arthur Bleksley*) einen zehnprozentigen Schwung zum Nationalismus voraus.

Am zweiten Morgen nach dem Wahltag hatten die Zeitungen einen überwältigenden Sieg der Nationalen Partei zu melden: 103 Sitze gegenüber 53 der „United Party“, d. h. die Nationale Partei gewann neun Sitze, die „United Party“ verlor vier (darunter den ihres Leiters), und die restlichen Parteien brachten zusammen eben über 10 000 Stimmen auf, die nicht ausreichten, ihnen einen Sitz zu gewinnen: Die „Labour Party“ brachte es zu nur 2670 Stimmen, die Liberale Partei zu 2934.

Das Anwachsen der Nationalen Partei ersieht man am besten aus folgender Übersicht über die gesamten für sie abgegebenen Stimmen:

1943	1948	1953	1958
349 175	433 435	659 105	709 096

Die United Party verlor von 1953 bis 1958 rund 32 000 Stimmen. Berechnungen nach den

Arabisch-nationalistische Zielsetzungen und mohammedanischer Expansionsdrang ergänzen oft einander; sie gewähren sich deswegen gegenseitig Unterstützung. Kairo fördert jedwede islamische Missionsarbeit im Inneren Afrikas unter dem Gesichtspunkt, daß die Bekehrung afrikanischer Volksgruppen zur religiösen und lebensregelnden Lehre des Propheten Mohammed möglicherweise Staatsgründungen auf islamischer Grundlage anregt. Viele geistliche Würdenträger und Wanderprediger der rund 35 Millionen Negermoslems werden zu Verbreitern radikal-nationalistischer Ideen, weil mit dem Islam ein nie ganz zu unterdrückender Fremdenhaß einhergeht.

Am stärksten werden zukünftige Bindungen zwischen Afrika und Europa freilich durch Europäer selbst in Frage gestellt. Abgesehen davon, daß zum Beispiel der algerische Aufstand alle Afrikaner tief beeindruckt und Frankreich auch in Westafrika bereits zu lange zögert, Beweise für die Vergänglichkeit seiner Oberhoheit zu geben, reduziert noch eine andere Erscheinung das europäische Prestige im Inneren Afrikas ständig: die soziale Diskriminierung afrikanischer Werktätiger gegenüber weißen Siedlern, Fachleuten und Arbeitern.

Tom Mboya, Generalsekretär des Kenia-Gewerkschaftsbundes, hat eindeutig nachgewiesen, daß der Mau-Mau-Aufstand von 1952 bis 1955 nur möglich war, weil die britischen Kolonialbehörden alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme des afrikanischen Bevölkerungsteiles sträflich vernachlässigt hatten. Ein Verbot für Afrikaner, ihre Viehherden oder ihren Landbesitz zu erweitern, Kreditrestriktionen, Entlohnung nach rassistischen Grundsätzen, Mangel an sozialpolitischen Institutionen und Einschränkungen der Koalitionsfreiheit — das alles zusammengenommen bereitete seinerzeit einen irrationalen Haßausbruch sondergleichen gegen „Europa“ vor, soweit es sich in Kenia etabliert hat.

Auch in vielen anderen Teilen des noch abhängigen Afrika wird dem Schwarzen, nur weil er schwarz ist, ein Zehntel oder gar ein Zwanzigstel vom „weißen“ Lohn gezahlt; er wird von gutbezahlten Berufen ausgeschlossen und gesellschaftlich diskriminiert. So zu verfahren und zugleich gebildeten Schwarzen den Weg zur politischen Verantwortlichkeit zu versperren, heißt Neger-Afrikas Glauben an die Brauchbarkeit des europäischen Rationalismus für die eigene Gesellschaft erschüttern. Ist dieser Glaube erst einmal erschüttert, dann drohen neue Kolonialkriege — wie es Dr. *Felix Roland Moumie*, Führer der Kameruner Nationalbewegung, auf dem Accra-Kongreß Frankreich angekündigt hat.

Peter Wald, Kairo

Wahlen ergaben zwar, daß die United Party eine Stimmenmajorität von 30 730 über die Nationale Partei hätte — hätte, wenn man die Wähler der 24 Bezirke einkalkuliert, in denen ihre Kandidaten ohne Abstimmung, weil „unopposed“, man kann nicht gut sagen „gewählt*“ wurden, aber doch ihre Sitze behalten haben, weil also eine Wahl dort unnötig war.

Während der letzten zehn Jahre haben die Nationalisten immer wieder erklärt, daß sie den Willen des Volkes verträten, weil sie im Parlament die größere Zahl von Sitzen einnahmen, wenn sie auch entsprechend der tatsächlichen Stimmenzahl eine Minderheitspartei waren. Ihre numerische Majorität ist auch jetzt noch gering — vielleicht zu gering, um ihren Ruf nach einer Republik als Volkswillen zu rechtfertigen. Und wie die letzterwähnten Ziffern zeigen, ist es immerhin noch möglich, daß sie zahlenmäßig in der Minderheit sind. Ihre meisten Stimmen kommen von den ländlichen Distrikten. Und es fehlt nicht an Erklärungen, die den Grund für einen solchen überwältigenden Sieg unserem merkwürdigen Wahlsystem und neuen Wahlkreisabgrenzungen zuschieben. Es ist ganz sicher eine seltsame Situation, daß 709 096 nationalistische Wähler 103 Vertreter im Parlament haben und 699 058 Wähler der United Party nur 53 (dazu noch vier Vertreter der Farbigen oder Coloureds, wie wir sie nennen wollen, und drei Vertreter der Natives, die wohl kaum sich der Nationalen Partei anschließen werden).

Wo sind die Gründe zu suchen für den überwältigenden Sieg der Nationalen Partei, für das immer mehr spürbar werdende Verschwinden liberaler Ideen?

Eine Meinung geht dahin, daß es der Opposition, und nicht etwa nur der einzigen noch existierenden Partei, bislang nicht gelungen ist, zu einem wirklichen Einverständnis in politischen Fragen zu kommen, während die „Nationale Party“ ein klar umrissenes Programm vertritt: starkes Bewußtsein nationaler Autonomie und Unabhängigkeit und nationaler Einheit, welche letztere gegründet sein muß auf gemeinsame und ungeteilte Loyalität und Hingabe für Südafrika und seine Interessen, auf wechselseitiges Vertrauen und die Anerkennung gleicher Rechte für Afrikaans und Englisch sprechende Staatsbürger unter Würdigung der beiderseitigen kulturellen Eigenheiten. Wobei jeder weiß, daß Staatsbürger nur die „Europäer“ oder „Weißen“ sind, nicht aber irgend jemand anderer Hautfarbe — eine Politik, die gewöhnlich von ihren Gegnern als „baasskap“ (Meisterschaft) „was immer es koste“ bezeichnet wird.

So spricht man auch, ähnlich wie einst in Hitler-Deutschland, vom „*Ruf des Blutes*“, der unter den Afrikanern immer stärker werde, namentlich unter der Jugend. Man braucht nur zu denken an die gewaltige Kundgebung für Meneer (Herrn) Strijdom, die ihm am Abend nach den Wahlen die Studentenschaft der Uni-

versität Pretoria darbrachte. Die Jugend, die nicht am letzten Weltkrieg teilgenommen hat, ist weit weniger interessiert an der Loyalität gegenüber dem englischen Königshaus, wie auch sonst viele englischsprechende Südafrikaner durchaus nichts gegen eine südafrikanische Republik haben (wenn auch wohl gegen eine Los-trennung vom British Commonwealth mit dem Argument: Was will Südafrika im Falle eines Krieges tun, wenn es allein dasteht?).

Der wichtigste Faktor von allen ist aber sicherlich unser Furchtkomplex. Kann man ihn von Europa aus überhaupt verstehen? Nicht nur die Furcht, daß die „weiße Rasse“ eines Tages Südafrika aufzugeben habe. Auch die Furcht im Alltag: Kaum ein Tag vergeht, wo nicht jemand von „Natives“ angegriffen wird. Die persönliche Unsicherheit, die einen in der Stadt vor Einbruch der Nacht jede Tür verschließen und sichern läßt. (Während beinahe 20 Jahren, die ich in einem Eingeborenenreservat lebte, wenn auch in einem „College-Campus“, dachte ich nie daran, nachts auch nur unserm Betraum zuzuriegeln!) Aber mehr noch die Furcht, daß die fünfmal überlegene Masse der Nichteuropäer mehr und mehr aufgewiegelt werde und daß sie eines Tages wohlorganisiert aufstehen werde. Noch sind viele einfach nur furchterfüllte Mitläufer. Nur ein Beispiel: In der Woche vor den Wahlen hörte man immer wieder, daß der ANC (African National Congress) am Wahltag und den zwei vorausgehenden Tagen einen „Generalstreik“ inszenieren wolle; jeder Native müsse einem Mindestlohn von einem Pfund je Tag bekommen — das sollte die Forderung sein. In einem an die „Nichteuropäer“ verteilten Aufruf heißt es zwar nur, man wolle durch stilles Zuhausebleiben bekunden, daß man gegen die nationale Regierung sei. Selbst die Presse warnte, daß viele Betriebe zum Stillstand kommen könnten, und ängstliche Gemüter deckten sich ein mit Brot und Milch im Falle, daß... Am ängstlichsten waren aber die, die aufgefordert wurden, zu „streiken“: einer hatte Angst vorm ändern, vor „Rache“ und „Vergeltung“, und so schiefen sie z. T. an ihren Arbeitsstellen. Das ganze Unternehmen wurde aber dann nach dem ersten und sehr unglücklichen Tag von seinen Veranstaltern abgeblasen, weil keine Einheitlichkeit zu erzielen gewesen war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch diese wenn auch erfolglose Kundgebung den Nationalisten Stimmen zugeführt hat: „denn sie allein können mit ihnen fertig werden“.

Die große Frage ist: Können die beiden Parteien, die nun das Heft in der Hand haben, je zu einem gemeinsamen Programm hinsichtlich der Behandlung der „Nichteuropäer“ kommen? Daß es in den öffentlichen Anlagen, am Strand, in Hotels, in Postämtern, auf der Eisenbahn eine saubere Trennung gibt, läßt sich nicht bestreiten. Und ebensowenig läßt es sich leugnen, daß die Entwicklung der letzten Jahre ganz deutlich zeigt, daß die Trennungen schär-

fer und schärfer werden, ja daß vielleicht sogar unsere noch bestehende persönliche Freiheit des Verkehrs und Zusammenseins mit wem Immer man will genommen wird. Sollte es nicht doch möglich sein, anzuerkennen, daß in Südafrika nicht nur Weiße, sondern auch Nichtweiße von hohem Kultur- und Lebensstandard leben? Und daß es in beiderseitigem Interesse liegt, diese Beziehungen, die beiderseitig befruchtend wirken können, nicht zu unterbinden, sondern mindestens in ihrem Fortbestehen zu erlauben? Es gibt kleine Hoffnungszeichen dafür, daß vielleicht doch eines Tages unser Erziehungswesen wieder so gestaltet wird, daß es nicht die Trennung in zwei verschiedene Sprachgruppen unter dem Schlagwort „Muttersprachenunterricht“ kultiviert — eine Trennung, die einer wirklichen Verschmelzung in eine südafrikanische Nation, einer Stärkung und Ausdehnung der *Cooperation* der beiden Sprachgruppen, wie sie der Premierminister nach seinem großen Sieg in seiner Radioansprache an die Nation so eindringlich forderte, am allermeisten im Wege steht. *Dr. Karl H. Wilker (Südafrika)*

Labourregierung im Karibischen Ozean

Die vielen „historischen Ereignisse“, die man in den letzten Jahrzehnten erleben oder erleiden mußte, haben die Menschen für diesen Begriff ziemlich abgestumpft. Trotzdem sind die ersten Wahlen für das Bundesparlament der — noch gar nicht bestehenden — *Westindischen Föderation* — und die Bildung ihrer ersten Regierung ein historisches Ereignis nicht nur für Mittelamerika, nicht nur für das Commonwealth, sondern für die gesamte internationale Gewerkschaftsbewegung. Denn es wird eine *Labourregierung* mit starken gewerkschaftlichen Wurzeln und Bindungen sein, die den neuen, aus großen und kleinen Inseln zusammengesetzten *Karibischen Bund* aus der Taufe heben wird.

Ursprünglich hatte man bei dem Föderationsprojekt, dessen Verwirklichung Jahre gedauert hat, auch daran gedacht, zwei britische Kolonien auf dem amerikanischen Festland, das kleine Britisch-Honduras in Mittelamerika und Britisch-Guayana in Südamerika, mit den in britischem Besitz stehenden Inseln im Karibischen Ozean zu einem neuen staatlichen Gebilde zu verschmelzen. Aber diese kontinentalen Gebiete haben ganz andere Probleme; so wenig klar es ist, was ihre Bewohner für Wünsche für die Zeit nach Beendigung des Kolonialzustands haben, so deutlich wurde es, daß sie sich gegen das Aufgehen in einer Föderation mit fernen Inseln sträuben. Man mußte also die Verfassungspläne auf diese Inseln beschränken, und auch da blieben noch viele Schwierigkeiten, deren wichtigste vielleicht ist, daß es bisher zwischen ihnen keinerlei Gemeinsamkeiten gegeben hat. Sie sind tausende Kilometer voneinander entfernt, es

gibt zwischen ihnen nur unbeträchtliche Verkehrsmöglichkeiten, und sie hatten kaum ihnen bewußte gemeinsame Interessen. (Von Trinidad nach London zu fliegen ist viel einfacher als nach Jamaika zu gelangen.)

Es ist nur natürlich, daß unter diesen Umständen jeder der Beteiligten zunächst danach fragte, welche greifbaren Vorteile ihm aus einem Zusammenschluß der Inseln erwachsen würden, und daß es schon um den Aufteilungsschlüssel für den Ertrag des — noch in weiter Ferne befindlichen — Einfuhrzolls der Karibischen Föderation einen veritablen Streit gab. Auch über die Hauptstadt konnte man sich lange nicht einigen. Natürlich durfte sie nicht auf der größten und in jeder Beziehung am weitesten fortgeschrittenen Insel (Jamaika) sein, obwohl es das praktischste gewesen wäre. Schließlich wurde eine von der amerikanischen Armee erst noch zu räumende Stelle auf der Insel *Trinidad* als Hauptstadt gewünscht, doch wird das von allen Beteiligten bloß als kleineres Übel angesehen.

Die neue Föderation wird nicht ganze drei Millionen Einwohner, meist englisch sprechende Neger, aber auch spanisch sprechende Gruppen, umfassen. Einer der stärksten Faktoren, die daran sind, ein gemeinsames Band zwischen den Inseln zu schaffen, ist die *Gewerkschaftsbewegung*. Sie ist auf manchen Inseln recht alt, aber ihr Aufstieg rührt erst von der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg her. In allen Teilen der Föderation hat sie Wurzeln geschlagen, auf Jamaika (mit 15 000 organisierten Mitgliedern), auf Trinidad (16 000 Mitglieder), auf der kleinen Insel Barbados (8000 Mitglieder) wie auf der Gruppe der Windward- und Leeward-Inseln (Inseln über dem Winde, nördliche bzw. südliche Gruppe). Im Rahmen der amerikanischen Regionalorganisation des IBFG (Orit) sind die karibischen Gewerkschaften in einer besonderen Gruppe (*Cadorit*) mit einem Sekretariat auf Barbados zusammengeschlossen.

Aus den Gewerkschaften und in engster Zusammenarbeit mit der britischen Labour Party entstand im Vorjahr die *Föderale Arbeiterpartei* der karibischen Inseln, die im März 1958 die ersten Wahlen ins Bundesparlament, wenn auch nur knapp, gewonnen hat (25 von 45 Sitzen). Infolgedessen wurde Sir *Grantley Adams*, bisher Premierminister von Barbados, zum ersten Regierungschef des Staates gewählt, der sich bald als vollberechtigtes und unabhängiges Mitglied des Commonwealth, ähnlich wie Ghana, konstituieren soll. (Ähnlich wie im Falle Ghana ist es eine konservative Regierung in London, die die letzten verfassungsmäßigen Vorkehrungen trifft, die aber auf die Initiative ihrer sozialistischen Amtsvorgängerin zurückgehen.) Grantley Adams, an den sich Teilnehmer des Londoner Gründungskongresses der IBFG vielleicht noch erinnern, ist eine höchst bemerkenswerte Erscheinung; ein jetzt 60jähriger Neger, der in Oxford studiert hat, von Beruf Rechtsanwalt ist und dessen Initiative die Gründung

sowohl von Gewerkschaften als auch einer Arbeiterpartei, zuerst auf seiner Heimatinsel Barbados, zu danken ist. Er war es auch, der die Verbindung mit Gleichgesinnten auf den anderen Inseln zuerst aufgenommen hat.

Das Wahlergebnis ist aber nicht eindeutig genug, um die Aufgabe Adams' und seiner Labourregierung in einem Staat ohne Staatsbewußtsein zu erleichtern. Adams selbst mußte erst überredet werden, um sich für eine politische Tätigkeit auf der noch zu schaffenden Bundesebene zur Verfügung zu stellen, weil er fürchtet, dadurch die Stellung seiner Partei auf Barbados zu schwächen. (Diese hat auch große Schwierigkeiten, einen geeigneten Nachfolger für Adams zu finden.) Zwei der Labour Party zugehörige Regierungschefs, *Norman Manley* auf Jamaika und *Dr. Erik Williams* auf Trinidad, entschieden sich dahin, für das Bundesparlament nicht zu kandidieren und damit in die Bundespolitik nicht einzutreten. Es liegt in der Natur des Menschen, daß er sich nicht leicht für etwas Unerprobtes entscheidet, wenn er damit etwas aufgeben muß, was ihm vertraut ist. Aber das Verbleiben Manleys und Williams' in der lokalen Politik hat sowohl für den Föderationsgedanken als auch für ihre Partei ver-

derbliche Folgen gehabt. In Ländern ohne demokratische Tradition wirken erfahrungsgemäß Persönlichkeiten stärker als Programme. Die Nichtbeteiligung der beiden „Kanonen“ Manley und Williams an den Bundeswahlen hat das Vertrauen der Bevölkerung ihrer Inseln in den Föderationsgedanken geschwächt. Bei niedriger Wahlbeteiligung wurden dann die Sozialisten auf Jamaika und Trinidad von ihren Gegnern geschlagen, die sich zur Verwirrung der Gemüter „Demokratische Arbeiterpartei“ nennen, aber mit der Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun haben. Labours Mehrheit im Bundesparlament ist auf die Erfolge der Partei auf kleineren Inseln zurückzuführen, die sich von der Verwirklichung der Föderation direkte Vorteile versprechen, sowie auf den Sieg Adams' auf Barbados. Das hat am Schluß die Entscheidung gebracht. Aber Grantley Adams wird als Regierungschef mit einer schwachen Mehrheit eine schwere Aufgabe haben, in ständigem Kampf mit reaktionären, halbfaschistischen Demagogen das Rassengemisch, das die westindischen Inseln bewohnt — Neger, Inder, Weiße und Mischlinge — zu einer Nation mit einheitlichem Staatsbewußtsein zusammenzuschweißen.

Dr. J. W. Brügel